

12

7. JAHRGANG
DEZEMBER 1971

Internationales AFRIKA FORUM

B 20394 E

HERAUSGEBER: EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR POLITISCHE,
WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN E.V.

Inhalt:

	Seite		Seite
VORWORT		LÄNDERBERICHT	
Bundespräsident Gustav Heinemann	663	Rupert Pfeffer: Dahomey	705
NEUES IN KÜRZE		AFRIKANISCHE PROBLEME	
Politik	664	Wilhelm Marquardt: Die Tätigkeit der CCCE in Afrika	712
Wirtschaft	669	Siegfried Thale: „Gemeinsamer Markt“ im südlichen Afrika?	725
Marktstudie	672	Klaus v. d. Ropp: Chancen eines Dialoges zwischen der Republik Südafrika und dem schwarzen Afrika	731
CHRONIK DES MONATS		Autoren	737
VAR	675	BUCHBESPRECHUNGEN	737
Algerien	676		
Marokko	677		
Nigeria	679		
Kamerun	681		
Zaire (Kongo-K)	682		
Angola	684		
Botswana	687		
Südafrika	689		
Rhodesien	691		
Ostafrika	693		
Ostblock/Afrika	695		
China/UNO/Afrika	697		
Volksrepublik China/Afrika	701		

Chancen eines Dialoges zwischen der Republik Südafrika und dem schwarzen Afrika

Dieser Beitrag stellt die Fortsetzung des Aufsatzes „Beginn eines Dialoges zwischen Weiß und Schwarz in der Republik Südafrika?“ dar, der in der Nr. 11/71 des IAF erschienen ist.

Nur sehr wenige Nachrichten aus dem subsaharischen Afrika sind in dem zurückliegenden Jahrzehnt auf so großes Interesse gestoßen wie jene von einem möglichen Dialog zwischen dem schwarzen Afrika und der von weißen Minoritäten beherrschten Südspitze des Kontinents. Es kann nicht überraschen, daß sich das Hauptinteresse der interessierten Öffentlichkeit dabei der Rolle der Republik Südafrika (RSA) zuwandte. Denn das Schicksal der weißen Minderheiten im Süden Afrikas wird sich sehr viel eher in Pretoria/Kapstadt als in Luanda, Lourenço Marques oder gar Salisbury entscheiden. Die RSA ist die unbestrittene Führungsmacht im gesamten austral- und zentralafrikanischen Raum und der umliegenden Inselwelt.

Nahezu ausschließlich an sie hat sich daher auch der wohl bedeutendste Initiator der neuen Politik, der ivorische Staatspräsident Félix Houphouët-Boigny, in seiner inzwischen berühmt gewordenen Pressekonferenz vom 28. April 1971 gewandt¹). Der vorliegende Beitrag wird der hervorragenden, ja dominierenden Rolle der RSA dadurch Rechnung tragen, daß er sich vollständig auf die Erörterung der Beziehungen der übrigen subsaharischen Staaten Afrikas zu der RSA und deren voraussichtlicher Entwicklung konzentriert. Dabei interessieren die vorzüglichen Beziehungen Pretorias zu Rhodesien und den portugiesischen Besitzungen Angola und Mozambique nur am Rande, d. h. nur insoweit, als sie für das Verhältnis Pretorias zu den schwarzen Hauptstädten von Bedeutung sind.

Rhodesien hat durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung von November 1966 den Status einer britischen Besetzung mit sehr weitgehender Autonomie gegen einen solchen vertauscht, der dem einer Provinz der RSA nicht ganz unähnlich ist. Ohne die, für Salisbury übrigens sehr kostspielige, wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Unterstützung bei der Bekämpfung der militanten Opposition (vor allem im äußersten Nordwesten des Landes, bei Wankie) durch die RSA hätte sich die weiße Minderheit dieses Landes sicher nicht bis zum heutigen Tage behaupten können. Andererseits belastet aber gerade die Unterstützung Pretorias für die Regierung Smith das ohnehin sehr gespannte Verhältnis Südafrikas zu den weitaus meisten schwarzen Staaten Afrikas stark. Von daher sind rhodesische Befürchtungen, die RSA könne die Hilfe zugunsten Salisburys aus für sie übergeordneten Interessen eines Tages zurückziehen oder auch nur mindern, nicht ganz von der Hand zu weisen. Zumindest unter den englischstämmigen Weißen Rhodesiens ist nicht selten die Befürchtung zu hören, Pretoria könne auf

der Suche nach einem Ausgleich mit den schwarzen Staaten, den sie dringendst benötigt, der Umwandlung seines nördlichen Nachbarn in ein „Bantu-Heimatland“, das sich einer RSA-freundlichen Politik verschrieben hat, zustimmen.

Die Beziehungen Pretorias zu den portugiesischen Territorien sind in den sechziger Jahren, nicht zuletzt aufgrund der militärischen Entwicklung in diesen Gebieten, sehr stark ausgebaut worden, nachdem zuvor die Kontakte zu Angola und dem Norden Mozambiques arg vernachlässigt worden waren. Südafrikanisches Kapital, südafrikanische Unternehmen und südafrikanische Fachleute spielen heute in Angola (u. a. bei dem Kunene-Bewässerungsprojekt) und in Mozambique (u. a. in Cabora Bassa) eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Erdölquellen in der angolischen Exklave Cabinda an der Zairemündung können für die RSA, die selbst nicht über solche Energievorkommen verfügt, einmal lebenswichtig werden.

Trotz dieser engen wirtschaftlichen Kooperation (Lourenço Marques ist der bei weitem wichtigste Seehafen für das südafrikanische Industriezentrum Johannesburg-Pretoria-Vereinigung) haben es die Portugiesen bis auf den heutigen Tag abgelehnt²), mit der RSA auf Allianzbasis militärisch zusammenzuarbeiten. Wahrscheinlich befürchtet Portugal, daß es seine eigenen Chancen eines Ausgleichs mit den schwarzen Staaten durch jegliche Art der militärischen Kooperation mit der RSA schmälert. Dazu mag beitragen, daß Portugal, um das mindeste zu sagen, der südafrikanischen Politik der Apartheid sehr skeptisch gegenübersteht. Das Dreieck Pretoria — Salisbury — Lissabon als „unheilige Dreieinigkeit“ zu qualifizieren³), ist, zumindest was die Rolle Portugals anbelangt, Ausdruck einer nur sehr oberflächlichen Betrachtungsweise. Daß sowohl die portugiesische als auch die südafrikanische Rassenpolitik sehr fragwürdig ist, ist unzweifelhaft. Diese Gemeinsamkeit sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß beide Länder bei dem Versuch einer Lösung ihrer Rassenprobleme sehr unterschiedliche Wege gehen⁴).

Wer die Erfolgchancen der neuen, vor allem von Houphouët-Boigny propagierten, auf einen friedlichen Ausgleich bedachten Politik des Dialoges erkennen will, muß in seine Betrachtungen die doch sehr beachtliche Zahl von Beziehungen und Kontakten vornehmlich unpolitischer Natur einbeziehen, die bereits heute, allen entgegenstehenden OAU-Resolutionen zum Trotz, zwischen der RSA und sehr vielen, wahrscheinlich den weitaus meisten schwarzen Staaten Afrikas bestehen. Eine Analyse dieser Beziehungen wird in den weitaus meisten Fällen allerdings dadurch erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht, daß beide Seiten, wenn auch aus sehr unterschiedlichen Motiven, jegliche Einzelheiten dazu verschweigen, oft sogar wider besseres Wissen deren Existenz be-

streiten. Unzweifelhaft ist jedoch, daß die RSA auch in Afrika wirtschaftlich nie in die Isolierung geraten ist, in welcher sie ihre Gegner gerne sähen.

Weitgehende Klarheit herrscht eigentlich nur über die Beziehungen Pretorias zu den politisch zwar selbständigen, wirtschaftlich aber von der RSA abhängigen Ländern Botswana, Lesotho und Swaziland (BLS-Länder) und Malawi.

Die ersteren sind seit 1910 durch den Abschluß des Vertrages von Potchefstroom mit der RSA in einer sehr engen Zoll-, Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft verbunden⁵). Die Intensität der Zusammenarbeit dieser vier Staaten im äußersten Süden des Kontinents erhellt sich, wenn berücksichtigt wird, daß der Vertrag von Potchefstroom ursprünglich der Auftakt zur völligen wirtschaftlichen, monetären, administrativen und politischen Eingliederung der britischen Besitzungen Bechuanaland (heute Botswana), Basutoland (heute Lesotho) und Swaziland in die damalige Südafrikanische Union sein sollte. Die entsprechenden Bestrebungen Pretorias fanden erst 1948, als die noch heute regierende Nationalist Party mit ihrem Konzept der Apartheid die Regierungsverantwortung in Südafrika übernahm, ein definitives Ende⁶). Denn von nun an war es London aus politischen Erwägungen einfach unmöglich, dem Wunsch Pretorias nach völliger Integration der drei Gebiete in die Union stattzugeben.

Mit Ausnahme der Exporte Swazilands (d. s. vor allem Erzlieferungen nach Japan) wickeln die BLS-Länder ihren gesamten Außenhandel über die RSA, insbesondere deren Vermarktungsbehörden ab. Südafrikanisches Kapital und südafrikanische Fachleute wirken in sehr wesentlichem Maße bei der Prospektierung und beim Abbau der Bodenschätze in Swaziland und heute auch in Botswana mit. Ohne südafrikanisches Kapital und südafrikanische Touristen wäre der Ausbau eines modernen Tourismus in Swaziland und vor allem in Lesotho wohl schlicht undenkbar. Etwa 175 000 Staatsbürger der BLS-Länder sind in der RSA, und hier vor allem in den Minen, beschäftigt, ein Faktor, der für die Volkswirtschaften der drei betroffenen kleinen Staaten trotz aller auch lohnpolitischen Diskriminierungen, denen diese Menschen wie alle nichtweißen Bürger der RSA unterworfen sind, sehr wichtig ist. Schließlich verfügen die BLS-Länder über keine eigene Währung, sondern benutzen den südafrikanischen Rand als gesetzliches Zahlungsmittel.

Angesichts der krassen ökonomischen Entwicklungsunterschiede (das Bruttosozialprodukt der RSA ist heute etwa 65 mal so groß wie das ihrer drei Partnerstaaten zusammen) zwischen der hochindustrialisierten RSA und den BLS-Ländern, die seinerzeit als die Slums des britischen Imperiums galten, kann die Tatsache, daß der Vertrag von Potchefstroom die Bildung von inter- oder gar supranationalen Organisationen nicht vorsah, nicht überraschen. Jene Aufgaben, die in anderen Zoll-, Wirtschafts- und Währungsgemeinschaften von entsprechenden Gemeinschaftsorganen wahrgenommen werden, werden hier von den Behörden eines der Mitgliedsländer, eben der RSA, geregelt. Das gilt u. a. für die Festsetzung von Zöllen und Verbrauchsteuern, ferner für den gesamten

Bereich der monetären Politik. Daran hat auch das 1969 geschlossene Abkommen, das an die Stelle des Vertrages von Potchefstroom trat, nichts Grundlegendes geändert⁷). Dennoch hat sich insgesamt gesehen die Rechtsposition der BLS-Länder insofern erheblich gebessert⁸), als ihnen u. a. recht weitgehende Konsultationsbefugnisse auf dem Gebiet der Fiskalpolitik und auch die Berechtigung eingeräumt wurden, unter bestimmten Voraussetzungen für einen begrenzten Zeitraum Schutzzölle zu erheben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß selbst die Johannesburger Financial Mail die Vereinbarungen von 1969 „a decidedly verligte agreement“ nannte⁹).

Sehr enge Wirtschaftskontakte unterhält die RSA außerdem zu Malawi. Auch dessen Wirtschaft ist in hohem Maße von der RSA abhängig. Die Hilfe, die Pretoria Malawi u. a. beim Bau seiner neuen Hauptstadt Lilongwe und einer Reihe anderer Projekte zukommen läßt, sind für die wirtschaftliche Erschließung dieses Landes sehr bedeutsam. Das gleiche gilt hinsichtlich der Beschäftigung von etwa 80 000 malawischen Staatsangehörigen, vor allem in südafrikanischen Bergwerken. Malawi spielt im übrigen auch für die RSA eine wichtige Rolle, als es häufig die Funktion eines Drittlandes in den Fällen übernimmt, in denen ein schwarzer Staat nicht selbst unmittelbar mit Vertretern Pretorias kontrahieren will. Dasselbe gilt übrigens für den Luftverkehr zwischen der RSA und schwarzafrikanischen Staaten; kombinierte Südafrika-, Rhodesien-, Kenya- und Äthiopien-Reisen, wie sie in Nordamerika und Westeuropa häufig angeboten werden, wären ohne die Mittlerfunktion malawischer Flughäfen wohl nicht durchzuführen.

Diese Beziehungen Pretorias zu anderen afrikanischen Staaten sind jedoch atypisch, da die übrigen Staaten des Kontinents nicht ökonomisch von der RSA abhängig sind. Gleichwohl sollte nicht bezweifelt werden, daß Südafrika selbst zu Staaten des progressiven Lagers in Afrika wie dem Kongo-B und vor allem Zambia (wie wohl auch früher zu dem Ghana Kwame Nkrumahs) durchaus beachtenswerte Wirtschaftsbeziehungen unterhält. Der RSA kommt hier zugute, daß sie in erheblich stärkerem Maße selbst als die früheren Kolonialmächte (von den übrigen westlichen und östlichen Industrieländern ganz zu schweigen) mit den Problemen afrikanischer Volkswirtschaften vertraut ist. Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Landwirtschaft und den Bergbau. Hier verfügt Pretoria über ein einzigartiges Know-how, das ihm hier — ein Komplex, der bei einem eventuellen Dialog zwischen der RSA und dem schwarzen Afrika sicher wichtig sein wird — eine vorzügliche Ausgangsstellung verschafft.

Über diese allgemeinen Angaben hinausgehende Einzelheiten lassen sich kaum anführen. Die gelegentlich auftauchenden weitergehenden Pressemeldungen lassen sich eigentlich nie auf ihre Richtigkeit hin überprüfen. So berichtete der der oppositionellen United Party nahestehende Johannesburger „Star“ vor kurzem, Schiffe der RSA-Handelsmarine liefen Häfen an der Elfenbeinküste, in Zaire und im Kongo-B oft nicht mehr unter panamaischer, sondern südafrikanischer Flagge an; ihren Besatzungen bleibe es unbenommen, dort an Land zu gehen¹⁰). In all diesen

Fällen wird man trotz aller Unwägbarkeiten sagen können, daß solche Meldungen eher zutreffend als falsch sein werden. Denn überall im schwarzen Afrika klafft, eine Folge der für Außenstehende kaum vorstellbaren Unterentwicklung, eine große Lücke zwischen der oft in feierlichen Resolutionen propagierten und der tatsächlich verfolgten Politik.

So vielfältige wirtschaftliche Kontakte Südafrika zu den schwarzen Ländern des Kontinents unterhält, so spärlich sind — nicht zuletzt eine Folge südafrikanischen Hochmuts und südafrikanischer Arroganz vergangener Jahre¹¹⁾ — bis heute die politischen Beziehungen. Denn nur mit Malawi, also noch nicht einmal mit den BLS-Ländern hat Pretoria diplomatische Beziehungen. Allerdings hat die RSA in den zurückliegenden Jahren verschiedentlich versucht, hier Abhilfe zu schaffen, jedoch sind alle entsprechenden Anstrengungen aus im einzelnen unbekanntenen Gründen gescheitert¹²⁾. Soll es jedoch aufgrund des Dialoges zwischen der RSA und den schwarzen Nationen zu einem Ausgleich kommen, soll m. a. W. der bestehende Antagonismus abgebaut werden, so muß sich hier eine grundlegende Wandlung vollziehen. Dies und nicht etwa die Leistung von Entwicklungshilfe und ähnliche Themen werden der wichtigste Gegenstand des Dialoges sein, sollte er wirklich zustandekommen. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, genügen die bestehenden kommerziellen Kontakte bei weitem nicht, den von Houphouet-Boigny und anderen befürchteten, durch das Fortbestehen der süd-afrikanisch-schwarzafrikanischen Konfrontation intensiv geförderten Second Scramble for Africa zu unterbinden.

Von ähnlichen Vorstellungen sind gewiß auch jene 13 ost- und zentralafrikanischen Länder ausgegangen, die 1969 das „Manifest von Lusaka über das südliche Afrika“¹³⁾ erarbeiteten, das sich die OAU auf ihrer folgenden Gipfelkonferenz in Algier zu eigen machte. Dieser Vorschlag zur Lösung der Probleme des südlichen Afrika war jedoch insofern völlig illusorisch, da unrealistisch, als er von Pretoria den völligen Verzicht auf die Politik der Apartheid forderte. Zu einem solchen Schritt werden die Verantwortlichen Südafrikas aus eigener Initiative nicht bereit sein, und es ist derzeit auch überhaupt keine Entwicklung oder auch nur ein Entwicklungsansatz ersichtlich, der sie zu einer solchen Kehrtwendung ihrer Politik zwingen könnte.

Das Neue, vielleicht gar Revolutionäre an der Politik Houphouet-Boignys und seiner Mitstreiter ist, daß sie anders als die Unterzeichner des Lusaka-Manifestes von Südafrika nicht mehr den Verzicht auf das System der Apartheid als südafrikanische Vorleistung vor der Normalisierung der politischen Beziehungen fordern. Es wäre sicher ein grober Irrtum anzunehmen, daß die Meinung dieser Politiker zu der südafrikanischen Rassenpolitik eine andere als die Nyereres und Kaundas ist. Anders als die letzteren sind die Befürworter einer Politik des Dialoges jedoch Realisten. Sie haben erkannt, daß die Beibehaltung des status quo zur Begründung neuer Einflusssphären außerafrikanischer Mächte führen wird, daß Afrika in stärkerem Maße als bisher, gegen seinen Willen, in die globalen Konflikte hineingezogen werden wird. Vor

allem aber haben jene Politiker, die den Gedanken eines Dialoges mit der RSA gutheißen, erkannt, daß die Herrschaftsstrukturen dieses Landes, die durch die heutige Form der Zusammenarbeit mit den meisten westlichen Ländern zumindest nicht geschwächt werden, von den wirtschaftlich und technologisch unterentwickelten schwarzen Staaten nicht mit Gewalt zu beseitigen sind. Denn dazu fehlen dem schwarzen Afrika nicht nur die erforderlichen Eigenmittel, sondern auch zu allem entschlossene Verbündete. Houphouet-Boigny ist zuzustimmen, wenn er aus diesen Fakten den Schluß zieht: „Bevor der erste ivoirische Soldat sein Koppel umgeschnallt hat, ist der (schwarzafrikanisch-südafrikanische) Krieg schon zu Ende.“¹⁴⁾ Hier, wahrscheinlich aber auch nur hier, treffen sich die Auffassungen Houphouet-Boignys und des heute sicher bedeutendsten schwarzen Politikers in Südafrika, des chief executive officer of the Zulu Territorial Authority, Gatscha Buthelezi.

Die Befürworter der neuen Politik haben erkannt, daß der derzeitige Kurs des militanten Schwarzafrika die Nichtweißen, besser die Schwarzen (nur ihnen, nicht aber den nichtweißen Minderheiten des Landes dürfte wirklich das Interesse des schwarzen Afrika gehören) der Erreichung ihres Ziels nicht nur keinen einzigen Schritt näher bringt. Denn dieser Kurs wird den wahrlich schon jetzt nicht bedeutungs- und einflußlosen reaktionären Kreisen in der RSA neuen Auftrieb geben, d. h. die Lage der schwarzen Südafrikaner noch weiter verschlechtern.

Im Fall so extrem schlecht entwickelter Länder wie Lesotho, Malawi, Mauritius und Madagaskar kommt ein zusätzliches Moment hinzu: ihre wohl unübertrefflich schwierige wirtschaftliche Lage läßt ihnen wohl überhaupt keine andere Wahl als die eines konzilianteren Tons, d. h. alle Möglichkeiten der ökonomischen Kooperation mit der RSA zu nutzen. Es ist aber sicher falsch, hierin oder gar in der Aussicht auf Gewährung von Entwicklungshilfe das einzige Motiv für die Unterstützung der Politik Houphouet-Boignys zu sehen. Denn die Möglichkeiten Pretorias — das gilt allerdings nur für den Komplex Entwicklungshilfe — beim wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder durch unentgeltliche oder zumindest günstige Zuwendungen mitzuwirken, sind angesichts der für die RSA vorrangigen Erfordernisse der Bantu-Heimatländer sehr begrenzt.

Obwohl dies in manchen Fällen, aus welchen Gründen auch immer, nicht ausdrücklich gesagt worden ist, streben auch die Befürworter der neuen Politik eine Modifizierung und endlich eine Überwindung der Apartheid an¹⁵⁾. Das letztere wird ihnen kaum gelingen, wohingegen das erstere Ziel durchaus erreichbar erscheint, mag dies auch ein sehr langer Prozeß sein. Die Kritiker der Politik des Dialoges, die nur zu gerne deren Anhänger als Verräter beschimpfen, sollte doch der Streit zwischen Leabua Jonathan und J. B. Vorster über die endlichen Folgen der Apartheid nachdenklich stimmen¹⁶⁾. Nie sollte übersehen werden, daß es als ausgeschlossen angesehen werden muß, daß Pretoria sein Verhältnis zu einer nennenswerten Zahl schwarzer Staaten auf Dauer ohne tiefgreifende Änderungen in der RSA selbst wird verbessern können.

Natürlich wird Pretoria solche Reformen nie zum Gegenstand von Verhandlungen mit dritten Staaten machen. Aber es wird sich, sobald sich eine ernsthafte Chance einer Verbesserung seines Verhältnisses zu einem Teil des schwarzen Nordens zeigt, wohl reformwilliger geben. Dies wird vielleicht wiederum andere Staaten veranlassen, gleichfalls den Weg Houphouët-Boigny und seiner Gefolgsleute einzuschlagen. Bereits scheinen erste Anzeichen dafür aufzutauchen, daß die scheinbar so festgefügte Front der Gegner eines Dialoges abzubröckeln beginnt. Denn, und auch hier ist sicher vieles bisher dem Außenstehenden verborgen geblieben, es ist nicht zu übersehen, daß verschiedene Länder bemüht sind, auf sehr unterschiedlichen Ebenen Kontakte zu der RSA zu knüpfen. Erinnerung sei nur an den Vorschlag Kenyas, Journalisten aller wichtigen afrikaans- und englischsprachigen südafrikanischen Zeitungen einzuladen; diesem Gedanken hat, wenn auch in modifizierter Form auch Zambia zugestimmt¹⁷⁾. Vielleicht verbergen sich auch hinter den sehr ambivalenten Kontakten zwischen Pretoria und Kampala¹⁸⁾ sowie den dialogfreundlichen Äußerungen des Exzentriker J. B. Bokassa ernsthafte Erwägungen. Ferner ist völlig unbekannt, was der Führer der neuen zambischen Oppositionspartei, Simon Kapwepwe, im Auge hatte, als er den Gedanken eines Dialoges zwar ablehnte, sich zu gleicher Zeit aber für eine Verbesserung der Beziehungen seines Landes zu der Republik Südafrika aussprach¹⁹⁾. Hingegen ist seit langem bekannt, daß ein anderer zambischer Gegenspieler Kenneth Kaundas, der Führer des (zambischen) African National Congress, Harry Nkumbula, gegenüber Pretoria eine Haltung vergleichbar der Malawis einnimmt²⁰⁾. Schließlich verdient die Reise Colin Eglins und Helen Suzmans vom Herbst 1971 nach Senegal, Gambia, Ghana, Kenya, Tanzania (!) und Malawi jede Aufmerksamkeit²¹⁾.

Als bei weitem zu optimistisch erscheinen aber jene Meldungen, die die südafrikanische Zeitung „Star“ teils unter Berufung auf französische Quellen verbreitete und nach denen Gabun, Elfenbeinküste, Dahomey, Uganda, Ghana, Madagaskar, Malawi, Swasiland, Mauritius, Botswana, Niger, Togo und Obervolta sowie möglicherweise auch Senegal, Mali, Zaire, Liberia und Nigeria die Frage nach der Aufnahme eines Dialoges mit Pretoria überprüften²²⁾. Sicher aber wird manch einer jener Staaten, die sich bei dem jüngsten OAU-Gipfeltreffen gegen die Initiative Houphouët-Boigny aussprachen, deren Wert abermals überdenken. Nicht übersehen werden darf aber, daß sich u. a. in Ghana²³⁾, in Mauritius²⁴⁾ und selbst in Gabun²⁵⁾ teilweise erheblicher Widerstand gegen den dialogfreundlichen Kurs der jeweiligen Regierungen oder Regierungsfractionen bemerkbar gemacht hat. Die Entwicklung ist auch hier voller Unwägbarkeiten; fest dürfte nur zweierlei stehen: Pretoria wird sich auf viele Rückschläge einstellen müssen und letztlich wird sehr viel vom Verlauf und den Ergebnissen des innersüdafrikanischen Dialoges abhängen.

Wenn Buthelezi und seine Gefolgsleute sich in Pretoria durchsetzen können, wird es ihnen vielleicht gelingen, selbst Politiker wie J. K. Nyerere davon zu überzeugen, daß die während des OAU-Gipfeltreffens von 1971 von

verschiedenen Delegationen aufgebraachte Forderung nach Aufnahme eines „gun-dialogue“²⁶⁾ angesichts der maßlosen Ungerechtigkeiten des südafrikanischen Systems in seiner heutigen Ausgestaltung zwar sehr verständlich, angesichts der Machtverhältnisse in Austral- und Zentralafrika aber ebenso sinnlos ist.

Nach alledem steht fest, daß die heute noch nicht zu beantwortende Frage, ob der neue Kurs Houphouët-Boigny erfolgreich sein wird, sehr weitgehend durch das Verhalten der RSA selbst entschieden werden wird. Deren Regierung hat bisher, wie nicht anders zu erwarten, den Offerten ihrer potentiellen schwarzen Gesprächspartner zugestimmt; neben den Verhandlungen mit Malawi hat die RSA-Regierung bisher zumindest mit einem hohen ivoirischen Funktionär verhandelt²⁷⁾. Vollständig im Dunkeln liegt, ob daneben vielleicht in einer der westlichen Hauptstädte oder in New York bereits weitere Gespräche zwischen südafrikanischen und schwarzafrikanischen Offiziellen stattgefunden haben. Eine sehr wichtige, wenn auch gleichfalls alles andere als transparente Rolle spielen hier mit einiger Sicherheit auch ausländische, vor allem französische Geschäftsleute, die die Funktion ehrlicher Makler übernommen haben.

Es steht fest, daß die Regierung Vorster heute dauerhafte, auch politische Kontakte zu einer möglichst großen Zahl schwarzafrikanischer Staaten anstrebt. Dazu zwingt sie nicht zuletzt auch das Erfordernis, ihr Verhältnis zu vielen Staaten Westeuropas und Nordamerikas zu entkrampfen. Sehr wahrscheinlich sind sich die meisten Offiziellen Südafrikas darüber im klaren, daß diese neue Politik nicht zum Erfolg geführt werden kann, wenn das weiße Südafrika nicht seine Selbstgerechtigkeit aufgibt. Solange das Leben der Nichtweißen (besser: der Schwarzen), übrigens nicht nur in den weißen, sondern auch in den schwarzen (!), Gebieten der RSA von einer Vielzahl oft maßloser und hanebüchener Ungerechtigkeiten geprägt wird, wird der RSA ein wirklicher politischer Durchbruch nicht gelingen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, geben sich die Verantwortlichen der RSA hier in ihrer Mehrzahl keinen Illusionen hin.

Etwas anderes gilt aber wohl hinsichtlich eines großen Teils der weißen Wählerschaft. Soweit sie Anhänger oder gar Funktionäre und Mitglieder der Herstigte Nasionale Party oder des verkrampfte Flügels der Regierungspartei sind, weisen die den Gedanken eines Dialoges vielleicht sogar einmütig zurück, da sie hierin bereits den Anfang einer „Infizierung mit kommunistischem Gedankengut“ sehen. Bezeichnend sind hier die entsetzten Reaktionen darauf, daß J. B. Vorster während eines Banketts anläßlich des Staatsbesuches von Hastings Banda in der RSA zwischen zwei schwarzen weiblichen Mitgliedern der malawischen Delegation Platz genommen hatte. Hier drohen einem inner-südafrikanischen und damit zwangsläufig auch einem schwarzafrikanisch-südafrikanischen Dialog ernste Gefahren.

Aber es wäre (wohl) falsch, anzunehmen, diese Hindernisse seien unüberwindbar. Denn zu viele gerade auch afrikaanssprachige Weiße sehen heute, daß die dem traditionellen Denken der Buren entsprechende Selbstisolie-

rung die Probleme der weißen Minderheiten nicht nur einer Lösung nicht näher bringt, sondern, sehr langfristig gesehen, ihr Verbleiben im südlichen Afrika sehr stark gefährdet. Von daher haben sie, unter denen vor allem die Hochschullehrer von Potchefstroom und Stellenbosch sowie gerade einflußreiche afrikaanssprachige Journalisten der großen Tageszeitungen besonders hervorzuheben sind, viele Anstrengungen unternommen, das Bild ihrer weißen Mitbürger von den zukünftigen politischen Strukturen Südafrikas zu modifizieren.

Was die Reaktionen der schwarzen Südafrikaner auf die neue Politik verschiedener schwarzafrikanischer Länder anbelangt, so sind hier nur relativ wenige Stellungnahmen bekannt geworden. Unzweifelhaft sollte aber sein, daß die Anhänger der verbotenen African National Congress und Pan African Congress, wo immer sie auch leben mögen, jeden Dialog mit Pretoria radikal ablehnen, solange er nicht das Manifest von Lusaka zur Grundlage hat. Gewichtiger erscheinen aber heute die Stimmen jener neuen schwarzen Elite, die heute eine ständig wichtiger werdende Rolle im öffentlichen Leben Südafrikas spielt. So hat Gatsha Buthelezi während seiner jüngsten Reisen in die USA, nach Großbritannien und in die BRD immer wieder betont, daß er die Politik eines Dialoges begrüße. Zu Recht erhofft er sich (in dem eine Marionette der Weißen zu sehen, einzig dem Neuen Deutschland vorbehalten blieb)²⁸⁾ von einer konzilianteren Linie der schwarzafrikanischen Staaten eine Beschleunigung des inner-südafrikanischen Dialoges und Reformprozesses. Ähnliche Zielvorstellungen mag auch der Herausgeber der größten (schwarzen) Tageszeitung Südafrikas, „The World“, im Auge gehabt haben, als er den Gedanken eines Dialoges gleichfalls positiv aufgriff²⁹⁾. Sehr interessant wird sein, zu beobachten, welche Rolle schwarze Südafrikaner — wohl kaum auf offizieller, wohl aber inoffizieller Ebene — bei dem möglichen Dialog Pretorias mit den schwarzen Staaten nördlich des Sambesi spielen werden. Die Kontakte, die Buthelezi während seiner USA-Reise im Sommer 1971 zu mehreren schwarzafrikanischen UN-Delegationen in New York aufnahm³⁰⁾, und die Gespräche, die H. Banda jüngst während seines Staatsbesuchs in der RSA mit den politisch Verantwortlichen verschiedener Bantu-Heimatländer führte³¹⁾, sind Indizien dafür, daß schwarze Südafrikaner hier bereits einen aktiven Part übernommen haben.

Eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste Aufgabe der dialogwilligen schwarzen Staaten wird sein, ihre entsprechenden Bemühungen und Kontakte zu der RSA bis in alle Einzelheiten miteinander abzusprechen. Denn es liegt auf der Hand, daß die Konzessionsbereitschaft der weißen Regierung in Pretoria um so größer sein wird, je stärker und vor allem auch geschlossener der Kreis seiner schwarzen Gesprächspartner ist. Die Anstrengungen vor allem Malawis, aber auch Gabuns in diesem Sinne sind um so bedeutsamer, als in diese Absprachen, zumindest nach dem Willen von H. Banda, auch die politischen Führer des schwarzen Südafrika einbezogen werden sollen.

Nach alledem erscheint es als falsch, der Initiative Houphouet-Boigny und seiner Mitstreiter keine Erfolgchancen beizumessen. Denn durch sie läßt sich vielleicht

das erreichen, was mit Hilfe eines „gun-dialogue“ bestimmt nicht zu erzielen sein wird: eine Änderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen Südafrikas in dem Sinne, wie sie heute von der realistisch denkenden, neuen schwarzen Elite des Landes gefordert wird. Mit Erreichung dieses Zieles wäre sicher eine zumindest partielle Entkrampfung des schwarzafrikanisch-südafrikanischen Verhältnisses verbunden. Eine andere, heute nicht zu beantwortende Frage ist jene nach der Dauer einer solchen Phase der Entspannung. Denn jener Problemkomplex, der sich aus der Frage nach dem rechtlichen, insbesondere politischen Status der Millionen schwarzer Südafrikaner ergibt, die auch nach der Ausgliederung der geographisch und wirtschaftlich konsolidierten Bantu-Heimatländer aus der RSA aus ökonomischen Erwägungen in der dann Rest-RSA leben werden, wird wahrscheinlich immer genügend Zündstoff für eine Fülle weiterer Konflikte enthalten.

Anmerkungen:

- 1) S. vor allem M. Timmler „Das große Palaver mit Präsident Houphouet-Boigny“ in: IAF vol. 7 Nr. 6, 7/8 (1971.6 7/8), S. 372—376 bzw. 429—437; ferner „Contribution à la Paix par la Neutralité“, Herausgeber: Ministère de l'Information, Abidjan; siehe auch die afrikanischen Stellungnahmen auf die Initiative Houphouet-Boignys, wiedergegeben in: Africa Research Bulletin (Political, Social and Cultural Series) vol. 7 No. 11 (1970.12), S. 1921C — 1924B; vol. 8 No. 4 (1971.5), S. 2063A — 2066B und vol. 8 No. 6 (1971.7), S. 2124B — 2125B.
- 2) Vgl. die entsprechenden Äußerungen des portugiesischen Außenministers in Rand Daily Mail v. 25. Juni 1971, S. 2.
- 3) So Hans Kistner „Die Verschwörung im Süden Afrikas“ in: Deutsche Außenpolitik vol. 12 Nr. 1 (1967.1), S. 562—577 (563).
- 4) Außerhalb des südlichen Afrika ist wohl weitgehend unbekannt, daß sicher in der RSA, vielleicht aber auch in Rhodesien, auch die Portugiesen rein weißer Abstammung zwar rechtlich, in sehr vielen Fällen aber nicht darüber hinaus, als „Europeans“ anerkannt werden.
- 5) S. die Kritik an dem bis 1969 geltenden Vertragswerk bei P. Robson „Economic Integration in Southern Africa“ in: Journal of Modern African Studies vol. 5 No. 4 (1967.12), S. 469—490 (476—490); s. zu dem revidierten Abkommen aus dem Jahre 1969: Landell-Mills „The 1969 Southern African Customs Union Agreement“ in: Journal of Modern African Studies vol. 9 No. 2 (1971.8), S. 263—281; siehe ferner meinen Beitrag „Die Wirtschaftsgemeinschaft im Süden Afrikas“ in: Außenpolitik vol. 22 Nr. 10 (1971.10), S. 623—632.
- 6) S. dazu A. Vandenbosch „South Africa and the World/The Foreign Policy of Apartheid“, The University Press of Kentucky, 1970, S. 136—145.
- 7) Das Abkommen ist abgedruckt in „Republic of South Africa Government Gazette“ vol. 54 No. 2584 (12. Dezember 1969), S. 1—16.
- 8) S. dazu die in Anm. 5 angeführten Beiträge.
- 9) Financial Mail (Johannesburg) v. 19. Dezember 1969; S. 1295, 1297.
- 10) „The revealing voyage of the Nahoon“ in: The Star (Johannesburg) vom 1. Juni 1971, S. 24.
- 11) Vgl. NZZ vom 5. Juni 1971; weiter: Financial Times vom 4. Dezember 1970, S. 9.

- ¹²⁾ S. Financial Times vom 4. Dezember 1970; S. 9. Im übrigen liegt auch hier vieles im Dunkeln; so berichtete der Londoner Daily Telegraph vom 10. Februar 1971, S. 4, Kenneth Kaunda sei verschiedentlich in einem nicht markierten Flugzeug nach Pretoria geflogen und habe dort während „nocturnal visits“ mit J. B. Vorster konferiert; s. weiter zu dem Briefwechsel zwischen Kaunda und Vorster: FAZ vom 24. April 1971, S. 6 und 11. Mai 1971, S. 2 und vor allem Africa Research Bulletin (Political, Social and Cultural Series) vol. 8 No. 4 (1971.5), S. 2070B — 2073B.
- ¹³⁾ Abgedruckt in deutscher Übersetzung in FAZ vom 23. Mai 1969, S. 11.
- ¹⁴⁾ S. FAZ vom 29. April 1971, S. 1,5.
- ¹⁵⁾ Vgl. statt vieler: M. Timmler „Das große Palaver mit Präsident Houphouët-Boigny in: IAF vol. 7 Nr. 6 (1971.6), S. 372—376; FAZ vom 29. April 1971, S. 1,5; The Star (Johannesburg), Weekly Air Edition vom 9. Oktober 1971, S. 1 und vom 21. August 1971, S. 2.
- ¹⁶⁾ S. Sunday Times (Johannesburg) vom 30. Mai 1971, S. 1 und vor allem The Star (Johannesburg), Weekly Air Edition vom 9. Oktober 1971, S. 5 und 13.
- ¹⁷⁾ Vgl. Rand Daily Mail vom 23. Juni 1971, S. 2.
- ¹⁸⁾ S. dazu u. a. FAZ vom 1. Oktober 1971, S. 3 und vom 4. Oktober 1971, S. 3; ferner The Star (Johannesburg), Weekly Air Edition vom 2. Oktober 1971, S. 1 und vom 9. Oktober 1971, S. 3.
- ¹⁹⁾ S. The Star (Johannesburg), Weekly Air Edition vom 4. September 1971, S. 1.
- ²⁰⁾ S. dazu Rainer Tetzlaff „Opposition in Zambia: Echte Alternative oder sinnloser Widerstand?“ in: IAF vol. 7 Nr. 3 (1971.3), S. 187—196 (190).
- ²¹⁾ S. dazu u. a. NZZ vom 26. Oktober 1971.
- ²²⁾ The Star (Johannesburg), Weekly Air Edition vom 23. Oktober 1971, S. 13.
- ²³⁾ S. dazu FAZ vom 24. März 1971, S. 4.
- ²⁴⁾ S. zu dem Streit innerhalb der mauritischen Regierung um die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Port Louis und Pretoria: The Star (Johannesburg) vom 19. Mai 1971, S. 9.
- ²⁵⁾ S. dazu The Star (Johannesburg), Weekly Air Edition vom 6. November 1971, S. 5.
- ²⁶⁾ The Star (Johannesburg) vom 24. Juni 1971, S. 1.
- ²⁷⁾ The Star (Johannesburg), Weekly Air Edition vom 9. Oktober 1971, S. 1.
- ²⁸⁾ Lothar Killmer „Vorsters raffinierter Roßtäuschertrick“ in: Neues Deutschland vom 31. August 1971, S. 6.
- ²⁹⁾ Manasse Moerane in: Afrika heute 1971, Heft Nr. 7, S. 264; in diesem Zusammenhang erscheint von ganz besonders großer Bedeutung, daß auch ein so unbedingter und kompromißloser Kritiker der heutigen südafrikanischen Verhältnisse wie der heute aus politischen Gründen in London lebende (weiße) Herausgeber der linksliberalen, der Progressive Party Helen Suzmans und Colin Eglins nahestehende Rand Daily Mail, Laurence Gander, die Aufnahme eines Dialoges zwischen den Staaten nördlich und südlich des Sambesi einschränkungslos befürwortet, so in Sunday Times (London) vom 27. Juni 1971, S. 23—24.
- ³⁰⁾ Vgl. dazu Rand Daily Mail vom 14. Juni 1971, S. 11.
- ³¹⁾ Vgl. dazu The Star (Johannesburg), Weekly Air Edition vom 21. August 1971, S. 2.

Weltforum Verlags GmbH, Gesellschafter Alois Graf von Waldburg-Zeil, Chefredakteur, 7989 Ratzenried, Beteiligung 80 %; Clarissa Gräfin von Waldburg-Zeil, 7989 Ratzenried, Beteiligung 20 Prozent.

A Handbook of Development Aid

The Standard Work for Economic Cooperation

Edited by: Professor Dr.-Ing. Hans A. Havemann, Director of the Research Institute for International Technical-Economic Cooperation, Aachen, and Professor Dr. Willy Kraus, Director at the Institute for Development Research and Development Policy, Bochum

Editorial Staff: Dr. rer. pol. H. Seifert

The Handbook of Development Aid presents all the important laws, contracts, reports and other data concerning the economic cooperation between the Federal Republic, other industrial states in the West and East, international organisations and the developing countries and is thus an essential means of reference for all interested parties in the economy, science and administration.

The Handbook, now in its tenth year, is the only work in the German language, which supplies inter-related, complete and topical specific information on development aid. A lucid arrangement as well as lists of contents, catchwords, institutions, names and abbreviations ensure that the desired piece of individual information can be found quickly.

The Handbook offers a *complete* survey of alle proceedings in the field of development aids. Its volume of more than 9,000 pages allows all forms of aid and the work of all important state and private, national and international institutions to be dealt with. A special section devotes itself to reporting about the developing countries themselves.

The Handbook with eight volumes is arranged in 3 main parts which altogether offer more than 9,000 pages of information. The loose-leaf system makes it possible to ensure that the information is permanently kept up-to-date. A supplement containing approx. 250 pages is published every six weeks. The careful system of arrangement enables each desired piece of individual information to be found quickly.

The Handbook is also in common use in non-German speaking parts of the world; it contains namely not only information concerning the development aid of the Federal Republic of Germany but also data on the aid provided by all other important states (including the countries of Eastern Europe) as well as detailed reports upon the developing countries themselves and about the programmes and the achievements of all the important international organisations.

In every supplement, an information letter, several pages in length, provides detailed information *in English* about the latest contributions. The cataloguing instructions for the new contributions are also in English. In future, lists of contents, catchwords and institutions will also appear in English. Summaries in English of the most important new contributions as well as original contributions in English are being planned.

Continuation work in loose-leaf form (tenth year).

Main work in eight cloth-bound files with lever mechanism and glance-foil coated thumb index, Size DIN A 5, containing more than 9,000 pages, prices of the main work 150,- DM, supplements 1,60 DM each brochure of 16 pages.

Please write for our detailed prospectus

Nomos Verlagsgesellschaft
7570 Baden-Baden P.O.B. 610
Federal Republic of Germany